



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Ostdeutsche Lebensleistung anerkennen - Gerechtigkeitsfonds für DDR-Renten!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/1976**

Der Landtag wolle beschließen:

Respekt vor Lebensleistung - Beteiligung des Landes am Härtefallfond prüfen

1. Der Landtag stellt fest, dass mit dem Gesetz zur Überleitung der DDR-Renten in das gesamtdeutsche Rentensystem Ungerechtigkeiten entstanden sind, die in den folgenden Jahren nicht für alle betroffenen Gruppen beseitigt werden konnten und einen Teil der Arbeits- und Lebensleistung vieler Menschen aus der ehemaligen DDR bis heute unberücksichtigt (insbesondere Beschäftigte von Bahn, Post, Gesundheits- und Sozialwesen, aus Naturwissenschaft und Bergbau) lässt.
2. Der Landtag erkennt an, dass die Bundesregierung die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung einer Stiftung des Bundes zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für DDR-Geschiedene, für jüdische Kontingentflüchtlinge und für Spätaussiedler (Härtefallfonds) geschaffen hat.
3. Der Landtag betont, dass der Härtefallfonds der Bundesregierung dem ursprünglichen Ziel und dem jahrelangen Kampf der Betroffenen für ihre Ansprüche nicht gerecht wird, da lediglich Einmalzahlungen an eine eng begrenzte Gruppe von Anspruchsberechtigten mit besonders niedrigen Rentenansprüchen vorgesehen sind.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung einen Beitritt zur geplanten Stiftung bei entsprechender finanzieller Beteiligung des Landes bis 31. März 2023 zu prüfen, um die Einmalzahlung für die Gruppen zu verdoppeln.

5. Der Landtag erklärt darüber hinaus, dass der Härtefallfonds der Bundesregierung nur ein Schritt sein kann. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich zusammen mit anderen ostdeutschen Ländern dafür einzusetzen beim Bund weitere Gespräche zu führen, an deren Ende eine verbindliche Vereinbarung für einen Gerechtigkeitsfond stehen soll, um die Verzerrungen im Rentensystem zwischen West und Ost auszugleichen. Der Landtag betont, dass der Bund bei der Finanzierung in der Hauptverantwortung ist.

Begründung

Erfolgt mündlich

Guido Heuer
Fraktionsvorsitz CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitz SPD

Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz FDP